

Beamte und Wahlen.

Von Albert Falkenberg.

Die Wahlen stehen kurz bevor. Es muß etwas getan werden, um die Wähler wahrfreudig zu stimmen. Fragen, die monatelang unüberhörbar schallen, werden in einer Kabinetsitzung in entgegenkommender Weise geregelt. Steuererleichterungen werden beschlossen. Die dem Reichshaushalt entgehenden Beträge werden als Kredit erschlossen. Der vor aller Augen gerückt. Man muß nun verlangen, daß sie liberal und auch dann geschaffen wird, wenn es sich um Zuwendungen des Reichs an die besitzenden Kreise des Volkes handelt. Hat es aber nicht erst — um ein Beispiel herauszugreifen — des Bundes sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter bedurft, um den Schiefer zu lästern, der die maßgebende Höhe der Rückzahlungen aus der im August 1923 beschlossenen Landabgabe den Wählern der Öffentlichkeit entzog? Rund 25 Millionen Goldmark sind in der Zeit vom März bis Juli 1924 von dem Gesamtanfall aus der Landabgabe in die Taschen der Großagrarier zurückgeflossen, weil sie die Ueberzahlung der Vermögenssteuer nachweisen konnten. Ähnlich, wenn die Steuerzahlung nicht ein Fünftel der wirklichen Goldmark betrug. In jedem Falle haben sie — wie die Besitzenden überhaupt — es verstanden, Vorteile aus der Veranlagung der Wahlen zu ziehen. Nach der furchtbaren Wutentzündung durch die Inflationskrisis werden nun Verzugungspolitiken verbreitet. Nicht zuletzt auch an die Beamten. Man darf es nicht ganz mit ihnen übersehen. Wahlen sie doch — nach Lujó Brentano — zu deren Schicksal, die wie alle Lohnempfänger, durch die Währungsinstabilität nahezu zerschlagen wurde. Auch sie sollen vor dem Wahlen noch einmal die Liebe des Staates zu spüren bekommen. Eine „maßvolle“ Erhöhung der Gehälter wird in Aussicht gestellt, und der Abschluß des Beamtenabbaus wird verzögert. Selbst die hohe Verwaltungsbürokratie lenkt ein und läßt die Spitzenorganisationen zu Verhandlungen in den Bestrafung des Reichsinstitutens. Im Reichsinstitut des Innern liegt der Entwurf eines Beamtenentwurfes bereit — nicht zum ersten Male, vielleicht auch nicht als letzter Versuch, das Problem der Demokratisierung der Verwaltung unter dem Witz juristischen Formalismus zu lösen. Alles schon dogmatisch. Man weiß, alles steht in Ordnung, und es besteht nach Meinung der Regierungskreise kein Anlaß für die Beamten, kritisch zu werden wegen der bescheidenen beamtenpolitischen Standes des letzten Jahress, oder gar berechtigten Unmut in Sozialökonomie umzuwandeln. Ob es gelingen wird, durch Maßnahme die in der Beamtenpolitik im Lande und nicht zuletzt in Berlin festzuhaltende Haltung zu dämpfen? Wer an den in der letzten Woche in Berlin veranstalteten Protestversammlungen der freigeistig-organisierten Beamten und der Angehörigen des Reichlichen Polizeibeamtenverbandes die Temperatur des Mißbehagens der Beamten wahrte, müßte mit seiner Unterordnung zu dem Ergebnis kommen, daß etwas faul ist im Staate. Denn es wird vielleicht doch nicht von den Beamten im Regierungszentrum gewahrt werden, wie die amtlichen Stellen es wahr haben möchten.

Wie müssen sich die Beamten am 7. Dezember einstellen? Selbst die kurze Zeitpanne zwischen 4. Mai und Reichstagsauflösung hat ihnen, wie betriebsförmlichen unterer Berufsgruppen, die Augen geöffnet. Auch der politisch Indifferenten mußte spüren, daß dieses parlamentarische Scheitern nur agiert werden konnte, weil die letzten Auswirkungen der Kriegs- und Revolutionspsychologie am 4. Mai den Willen zu gabelteirer Volksgewalt gerührt hatte. Was die Beamten betrifft, so ist der Vorwurf, auch sie hätten auf falsche Fährten getreten, nicht weniger berechtigt als bei anderen Bevölkerungsschichten gegenüber erhobene Ansprüche politischer Reichstags. Allerdings, sollten die Beamten am 7. Dezember den Willen, ein Wort zu sagen, dann haben sie ihre Pflicht nicht nur vorübergehend, sondern für absehbare Zeit, vielleicht für immer verloren.

Die in Vorbereitung befindliche Personalordnung der Reichsbahn sollte auch den Beamten die Augen öffnen, die stets im so lebendigen Geiste für die ewige Unantastbarkeit ihres Berufsbeamtenstandes eingetreten sind bemüht. Aber das Reichsentscheidungsgebot ist nur ein Teil des Dames- und Adames. Auch die übrigen Geleise der Sonderdienstleistungen greifen tief ein in die Beamtenpolitik. Oder ist die durch diese Geleise herausförmigere Verteilung nicht auch für die Beamtenwirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung? Die Proletarisierung der Beamten ist so weit vorgeschritten, daß sie in ihrer Gesamtheit nicht mehr als die Trabanten der bestehenden Klasse die Politik dieser Schicht mitmachen können, wenn sie nicht vollends unter den Schillern geraten wollen. Die ihnen in der Veränderung falschen Lebensismus empfindliche Wirtschaftspolitik läßt keinen Raum für wirtschaftliche und sozialen Aufstieg der Beamtenmassen. Legten Erbes entscheidet über den Bestand der Republik nicht eine dünne Herrenschicht, sondern die Mehrheit der arbeitenden Volkess. Lassen sich die Beamten als Organe zur Verwirklichung der Herrschaftsgelüste mißbrauchen, dann gehen sie die letzten, aus der politischen Umwälzung in diese Zeit aufsteigender politischer und sozialer Reaktion hindurchgesetzten Anrechte auf eine grundgebende Neuordnung ihrer eigenen Angelegenheiten preis.

Es ist nötig, daß die Beamten vor dem Wahltage über die politischen Zusammenhänge mit sich ins reine kommen. Ganz falsch ist es, an dem Hinsto der letzten Jahre den Wert der Republik abzumessen. Wie kann man von der Republik die Befreiung der Lage als erwarten, solange nicht die Volksmehrheit bereit ist, republikanischen Geist in die Tat umzusetzen? Es bedarf eines sehr einfachen Gedankenganges, um festzustellen, ob das Regime weniger offen war, wenn alle gewonnen sollen. Die Stimmen des alten Reichstages haben gezeigt, daß die verschiedenen Reichsteile nicht fähig waren, allen zu helfen. Auch die Beamten haben während der kurzen Reichstagsperiode Hinsto auf Hinsto ertitten. So gut wie durch alle Maßnahmen wurden sie mit an erster Stelle gefährdet. Alles war bluff und unerschütterlicher Versuch, die Massen niederzuringen: Die Abwälzung der Kriegsschulden auf die arbeitende Bevölkerung und die Entlassung des Volkes — die soziale Reaktion mit dem Ziel der Anrechnung aller Arbeitnehmer — der Absolutismus im Staate und das Zerrennen im Reich. Daneben machte sich eine nationalpolitische Bewußtsein breit, die geeignet war, die deutsche Sache nicht im eigenen Lande zu diskreditieren, sondern auch in den Augen des Auslandes herabzusetzen.

Soll das so bleiben? Sollen die gleichen Kampfmittel benutzt werden? Sollen die Beamten — ausgerichtet die Beamten

— weiter mit der lägenhaften Parole: Die wieder Sozialdemokratie gestützt werden? Die Illusion von rechts und von links müssen am 7. Dezember die Quittung für ihr verbrecherisches Handeln an der Republik erhalten. Auch nach dem Dezemberwahlen werden sie nicht ruhen, durch ihre Dehnbare Leidenstufen im Volke aufzuspüren. Immer neue „Dolchstöße“ werden sie erfinden, um die Köpfe zu verwirren. Können wirklich noch deutsche Beamte diesen falschen Beamtenkreisläufen Gefolgschaft leisten, nachdem auch sie festgenommen wurden, wohin die Reise geht? Ein ungeheures Maß politischer Vertrauens ist durch die falsche Einleitung der deutschen Verwaltungsbürokratie verfallen worden, zum Schaden der Republik. Die Zeit muß vorbei sein, in der die Schlepptreue des obrigkeitlichen Systems von den Händen von hunderteausenden Beamten der unteren und mittleren Beamte ihre egoistischen Ziele verfolgen konnten. Beamte, wehr Euch — macht aller Schlagwortpolitik ein Ende: Wählt für die Republik! Wählt sozialdemokratisch!

Heerchau der hallischen Beamenschaft.

Beamtenversammlung im „Wintergarten“.
Gestern Abend sprach der Genosse Lehner (Berlin) vor vollbesetztem Saale. Den Eingang seiner Rede bildete ein Rückblick auf den überwindenen Obrigkeitsschicksal der falsch-richtigen mittleren und unteren Beamte als willige Werkzeuge zur Unterdrückung der sogenannten unteren Bevölkerungsschichten in der neuen Waise. Viele vermochten sich lange aus der Einfühlung von damals nicht herauszufinden. Heute aber hat jeder die Pflicht:

Heute Mittwoch, den 3. Dezember 1924, abends 8 Uhr, in Cröllwitz (Bergsdienke)

Wähler-Versammlung

Genosse Alfred Deininger (Halle) spricht über:

Erfüllung oder Untergang

Alle Wähler und Wählerinnen des Stadtteils Cröllwitz müssen an dieser Versammlung teilnehmen.

Die mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen unseres Staates näher zu befaßen. Um seines eigenen Wohles willen muß er die einzelnen Parteien genau prüfen. Er muß dann zu dem Ergebnis kommen, daß sein Geschick mit dem der Arbeiter und dem der Kleinrentner am ehesten verknüpft ist, und die sogenannten bürgerlichen Parteien, weil großkapitalistisch einseitig, für ihn nicht in Betracht kommen. Diese Parteien haben höchstens für die in den höchsten Befehlsstellungen befindlichen Beamten etwas übrig, weil eine noch so hohe Auszahlung für die meisten kein so großes Gut ist, wie es für die Arbeiter und Arbeiterinnen der unteren und mittleren Beamten ein Verlangen ist. Charakteristisch hierfür ist die Spannung zwischen 17 und 71 Prozent zwischen unteren und oben von der letzten Gehaltsaufbesserung im Juli. Das wenig Geld vorhanden ist, das lassen wir alle. Es kann aber durch eine gesunde Steuerpolitik mindestens so viel beschafft werden, daß die in sozialer Einkommen- und Sozialleistungen bedürftigen Leben ermöglicht wird. Die SPD wird nie dafür zu haben sein, daß die indirekten Steuern oder etwaigen Einkünfte auf Lebensmittel, wie sie die Reichsparteien erstreben, weiterhin verbleibend auf den Lebensunterhalt einwirken. Es muß ein Ende gemacht werden mit dem Zustand, daß von 1 Mrd. Lebensmittel ein fünf bis sechs Prozent entfallen. Die SPD wird aber für die für die Erhaltung der hohen Einkommen und eine Erbschaftsteuer eintreten, die der auch die Erben ersten Grades gehörig angefaßt werden. Die Parteipolitik, wie sie bisher am Ruder war, dient nur dem Kapital, sie braucht, den vierfachen Gehalt nach variablen Grundbesitz. Immer noch die Beamten mit dem Disziplinargeld von 1888 begnügen. Warum kommt kein Beamtenrat, warum kein Beamtenratgesetz, kein Beamtenratgesetz? Der Beamte weiß, daß die Reaktion kein Interesse daran hat, daß er etwa frei wird; auch auf Grund persönlicher Verhältnisse, die er sich ebenfalls einzuweisen hat. Die Bildungsgänge, er wird sich nicht aufdrängen. Nur ein wenig Nachdenken über seine wirtschaftlichen Verhältnisse wird jeden Beamten auf den Weg zur Sozialdemokratie bringen. Der Weisheit, den der Arbeiter erzielte, zeigte die volle Ueberzeugung, daß alle Ertränkungen mit seinen Ausführungen in dieser Richtung erfolglos. Die Arbeiter werden nicht auf den Erfolg für die Deutschtöchter und ein dritter ermahnte, ohne es beschuldigend zu haben, die SPD zu wählen. Am Schlusswort ging der Redner mit kurzem Hinweis ein, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen und der Fortschritt ist mit 11 Uhr mit einem hoch auf die SPD, die Versammlung. Sie war ein voller Erfolg für unsere Partei.

Bewertung des Inder-Schindels.

Im Reichsstatistischen Amt fand am 2. Dezember wieder eine Sitzung der Reichsindexkommission statt. Sie beschäftigte sich mit der grundsätzlichen Neubewertung des Inder. Der sogenannten Bundesindex für landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist in den jüngstvergangenen Tagen ebenfalls getaucht. Man will den alten Inder als Grundmaßstab weiterführen und darauf einen erweiterten, den wirtschaftlichen Lebensverhältnissen der Arbeiter besser entsprechenden Inder aufbauen. Es ist aber noch völlig offen, ob die Neubewertung in dieser Richtung erfolgt. Die Arbeiter werden nicht auf den Erfolg für die Deutschtöchter und ein dritter ermahnte, ohne es beschuldigend zu haben, die SPD zu wählen. Am Schlusswort ging der Redner mit kurzem Hinweis ein, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen und der Fortschritt ist mit 11 Uhr mit einem hoch auf die SPD, die Versammlung. Sie war ein voller Erfolg für unsere Partei.

Reichsstatistischen Amtes als ein Argument für die Höhe der Reallohn denuten. Hier muß unbedingt eine Mäßigung herbeigeführt werden. Es ist zu hoffen, daß sie ersichtbar ist. In anderen Fällen werden die Gewerkschaften ihre Stellungnahmen aus Reichsstatistiken zu ziehen, daß eine mittelbare Anwendung der Differenz durch die Unternehmer für die Zukunft unmöglich wird.

Zuziehung der Gewerkschaften bei künftigen Handelsvertragsverhandlungen.

Die Gewerkschaften hatten unter der Führung des ADGB in der letzten Zeit sowohl mit dem Reichsstatistikministerium wie mit dem Auswärtigen Amt über die Frage der Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern zu den Handelsvertragsverhandlungen verschiedene Besprechungen. Am Dienstag wurde daraufhin dem ADGB, und den übrigen gewerkschaftlichen Spitzenverbänden von Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß die Reichsregierung bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen der Förderung der Gewerkschaften entgegenkommt wird. Die Gewerkschaften sollen namentlich ihre Vertreter benennen, die am gegebenen Zeitpunkt bei den Verhandlungen zuzuziehen sind.

Damit hat die Reichsregierung nachgelassen, was sie von allem Anfang an nicht nur aus Gründen der Willigkeit, sondern auch im Interesse der Handelsvertragsverhandlungen selbst hätte tun müssen. Es ist nicht mehr als selbstverständlich, daß bei den Verhandlungen, wenn sie nicht mit ihren Beamten allein die Verhandlungen führen will, Sachverständige nicht nur aus dem Kreise der Unternehmer, sondern auch aus den Gewerkschaften hinzuzuziehen muß. Die Vertreter der Gewerkschaften bilden bei den kommenden Handelsvertragsverhandlungen eine notwendige Ergänzung der Sachverständigen der Gewerkschaften aus den verschiedenen Wirtschaftszweigen werden besser als die Unternehmervertreter die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Faktoren, die doch im Zusammenhang mit dem Weltmarkt von Tag zu Tag eine wichtigere Rolle spielen, bei den Verhandlungen im Auge behalten. Bei den Handelsvertragsverhandlungen handelt es sich nicht lediglich um Probleme der Warenproduktion, sondern auch um den großen Einfluß der sozialpolitischen Voraussetzungen auf den einzelnen Wirtschaftszweig. Es ist deshalb nur zu begrüßen, daß bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen auch die Sachverständigen der Gewerkschaften ein Wort mitreden werden.

Umwicklung erwerbsloser Ruhrbergarbeiter.

Am 3. Dezember, 8. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Im Laufe der letzten Monate konnten etwa 600 Bergarbeiter im Zuge des Umwicklungsverfahrens und gerichtlicher Verfahren in das Ruhrgebiet nach den aufnahmefähigen Stellen des nördlichen und westlichen Ruhrgebietes des Ruhrgebietes und mehrere hundert in das Ruhrgebiet vermittelt werden. Die Gewerkschaften für eine weitere Umwicklung der erwerbslos gewordenen Bergarbeiter beschäftigt ist in den künftigen Wochenberichten zu suchen. Gegenwärtig wird die Zahl der noch Arbeit findenden Bergarbeiter im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet auf etwa 11 000 angegeben.

Der kommunistische Einheitsfront-Termin.

Es sind vielmehr zwei Termine, die die SPD-Funktionäre für die Durchführung der gewerkschaftlichen „Einheitsfront“ festgelegt hat: ein Termin für die Funktionäre der SPD, und einen für die Mitglieder.

Am 1. Dezember läuft für jeden kommunistischen Funktionär der letzte Termin ab, wozu er gemäß dem letzten Parteipropagandaheft der SPD, gewerkschaftlich organisiert sein muß. Wie nehmen aus bestimmt und selbstverständlich ein, daß die Funktionäre der SPD, gewerkschaftlich organisiert sein müssen, um die Gewerkschaften zu kontrollieren. Die Arbeiter, die in den Gewerkschaften organisiert sind, sind die Funktionäre der SPD, und einen für die Mitglieder.

Am 1. Dezember läuft für jeden kommunistischen Funktionär der letzte Termin ab, wozu er gemäß dem letzten Parteipropagandaheft der SPD, gewerkschaftlich organisiert sein muß. Wie nehmen aus bestimmt und selbstverständlich ein, daß die Funktionäre der SPD, gewerkschaftlich organisiert sein müssen, um die Gewerkschaften zu kontrollieren. Die Arbeiter, die in den Gewerkschaften organisiert sind, sind die Funktionäre der SPD, und einen für die Mitglieder.

Am 1. Dezember läuft für jeden kommunistischen Funktionär der letzte Termin ab, wozu er gemäß dem letzten Parteipropagandaheft der SPD, gewerkschaftlich organisiert sein muß. Wie nehmen aus bestimmt und selbstverständlich ein, daß die Funktionäre der SPD, gewerkschaftlich organisiert sein müssen, um die Gewerkschaften zu kontrollieren. Die Arbeiter, die in den Gewerkschaften organisiert sind, sind die Funktionäre der SPD, und einen für die Mitglieder.

Schiedspruch für das Handels- und Transportgewerbe.

Der Schiedsrichterspruch für Halle und Saalekreis sollte in der Sache für Lohnbewegung der Handels- und Transportgewerbe eine einstimmige Entscheidung herbeiführen, daß am Sonntag, den 30. November, durchgehend eine Lohnzulage von 8 Pf. zu zahlen sei.

Die Vertreter des Deutschen Verkehrsverbandes nahmen den Spruch an, während der Standhiss des Arbeitgeberverbandes auf der Stelle beharrte.

Von Arbeitnehmerseite ist nunmehr sofort die Verbindlichkeitsklärung des Spruches beim Schlichter in Magdeburg beantragt worden. Man darf gespannt sein, ob der Schlichter ebenfalls sagt, die Verbindlichkeit abzuheben. Sollte letzteres eintreten, werden die Verhandlungen eine weitere Verhandlung der kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen, die wohl die Schlichter begehrt zurzeit noch aufzuweisen haben.

Kalenderstreik im Elsaß. Dem „Reit Rastern“ wird aus Mülhausen (Elsaß) gemeldet, daß die Gewerkschaften der Kalibergwerke für Mittwochmittag für die Bergwerke des Bezirks Oberelben den Streik angezeigt hätten, da die Verhandlungen eine Lohnbewegung gefordert hätten.

Der Konflikt zwischen den elsaß-Lothringischen Eisenbahnern und der Direktion hat eine Veränderung erfahren. Die Eisenbahnern sind nunmehr, eine Delegation ernannt, die sich an Verhandlungen mit dem Reichsminister nach Paris begeben sollte. Das ist von der Direktion der elsaß-Lothringischen Eisenbahnen verbindlich worden, indem sie sich weigerte, den sechs von den Beamten und Angestellten gewählten Delegierten Urlaub zu erteilen. Die Eisenbahnern haben sich darauf festgelegt, an das Ministerium zu gehen.

